

Die Grundproblematik der institutionellen Sprachenfrage in Europa besteht in der Diskrepanz zwischen dem nominellen Rechtsanspruch der Nationalsprachen und ihrem faktischen Status in den Gemeinschaftsorganen. Diese Arbeit versucht aus vielfältigen Perspektiven dieser Frage nachzugehen. Sie dient vor allem dazu, einen Sinneswandel in der Debatte über die Sprachenfrage herbeizuführen und ein bürgernahes, legitimes und effizientes Sprachenregime für die EU-Organen anzuregen. Anhand der empirischen Untersuchung der Europa-Website wird versucht, Kenntnisse über den faktischen Status der einzelnen Amtssprachen der EU auf den neuesten Stand zu bringen und Distributionsregeln sowie Einflussfaktoren bei der Sprachenwahl der einzelnen EU-Organen im Internet zu ermitteln. Auf dieser Grundlage empfiehlt sich die Koexistenz des Dreisprachenregimes im Institutionengefüge und des Vollsprachenregimes auf politischer Ebene bzw. im Binnenmarkt als Lösungsmodell.

Huiping Wu, geboren 1973, schloss 1997 ihr Magisterstudium im Studiengang Germanistik an der Tongji-Universität in Shanghai ab. Seit 1997 ist sie als Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Deutschland-Studien der Tongji-Universität tätig. Die Autorin promovierte 2004 an der Technischen Universität Darmstadt. Ihr Forschungsschwerpunkt liegt in der Europa-forschung.